

# Wahlkreisbrief

**Armin Jahl**

**Dezember 2011**



## **Lärmschutz auf der Tagesordnung**

Ich hatte euch bereits in den letzten Monaten über den Stand des Antrages (Drucksache 15/1313) der SPD-Fraktion und der GRÜNEN zum Thema Lärmschutz an bestehenden Straßen auf dem Laufenden gehalten.

Der Antrag wurde nun im November in einer Sitzung des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr mit Stimmen der Linken und unter der Enthaltung der Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Hintergrund des Antrages ist die ständig steigende Lärmbelastung an nordrhein-westfälischen Straßen und Autobahnen. Dieser Entwicklung wurde in den letzten Jahren kaum Beachtung beigemessen und soll nun stärker in den

Fokus unserer Politik gerückt werden. Alle Prognosen zeigen, dass der Verkehr in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Dies gilt besonders für das Land Nordrhein-Westfalen. NRW ist ein Transitland auf verschiedenen Verkehrsachsen quer durch das gesamte Bundesgebiet. Das bringt auch mehr Lärm für die Anwohner von Verkehrswegen mit sich.

Durch den Antrag wird nun ein Handlungsprogramm „Lärmschutz an Autobahnen“ im kommenden Jahr aufgelegt. Es wird ein Kataster der Fahrbahnbeläge an Autobahnen erstellt und weitere Maßnahmen wie lärmindernde Straßenbeläge sowie deren Erhaltung umgesetzt.

[Hier geht es zum Antrag](#)

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

**ein politisch sehr entscheidendes Jahr geht zu Ende. Ich möchte euch in meinem letzten Wahlkreisbrief für dieses Jahr noch über ein paar aktuelle Themen aus dem Landtag berichten.**

**Ich wünsche euch allen ruhige und besinnliche Weihnachtsfeiertage und natürlich auch einen guten Rutsch ins neue Jahr 2012!**

**Glück auf!**

**Euer  
Landtagsabgeordneter**

## **S-Bahnhaltestellen im Wahlkreis**

Durch meine Tätigkeit im Verkehrsausschuss des Landtages habe ich nun einen weiteren Blick für die Problematik der S-Bahnhaltestellen bekommen, der an vielen Stellen in NRW herrscht. Viele von euch haben mich aber auch direkt angesprochen.

Ich werde mir in den kommenden Wochen einen genauen Überblick über die Zustände der einzelnen Haltepunkte in meinem Wahlkreis machen. Einige Stationen, so in Oespel und Kley, sind bereits in der Modernisierungsoffensive der DB enthalten. Problempunkt bleibt leider weiterhin der größte

Haltepunkt im Dortmunder Westen, die Haltestelle Dorstfeld und Nette.

Zusammen mit der Bundesebene möchte ich in Zukunft versuchen, mehr für die Dortmunder Haltestellen durchzusetzen. Dazu hatte ich bereits einige Gespräche mit Verantwortlichen aus diesem Bereich. So habe ich mich bereits mit dem Bevollmächtigten der Deutschen Bahn AG in NRW, Reiner Latsch ausgetauscht. Noch in diesem Jahr wird es aufgrund der Vermittlung von Herrn Latsch ein Gespräch vor Ort (Dortmunder Hauptbahnhof) geben. Die Ergebnisse werde ich in Düsseldorf mit Herrn Latsch

bewerten. Ich werde euch über die weiteren Entwicklungen selbstverständlich auf dem Laufenden halten.

## **Sanierung der Emscherallee**

Die versprochene Sanierung der Emscherallee (L609) ist abgeschlossen. Autofahrer, die aus Mengede in Richtung Huckarde unterwegs sind, können nun wieder auf einen guten Straßenbelag zählen. Die Sanierung ist durch meine Initiative möglich geworden. Ursprünglich war eine Erneuerung der Fahrbahndecke nicht vorgesehen.

## Entwurf für eine neue Zweckentfremdungs-verordnung auf den Weg gebracht

Der zuständige Ausschuss des Landtages NRW hat bereits über ein neues Zweckentfremdungs-verordnung beraten. Das alte Gesetz war bereits im Jahr 2006 ausgelaufen und von der ehemaligen CDU/FDP-Regierung nicht verlängert worden.

Das neue Gesetz soll einen kommunalen Genehmigungsvorbehalt der Gemeinden und Kommunen in NRW bei Zweckentfremdungen von Wohnraum wieder einführen. Damit soll im Wesentlichen den Kommunen mehr Handlungsspielraum im ohnehin überlasteten Wohnungsmarkt in Ballungszentren gegeben werden. Eine Entscheidung des Landtages ist wohl noch im Dezember zu erwarten.

## Neue Kündigungs-sperrfristverordnung für Mieter

Jeder Vermieter kann für eigene Wohnräume sogenannten Eigenbedarf beim Mieter anmelden. Diese Eigenbedarfs-ankündigung muss ordentlich begründet werden. Ob diese dann rechtmäßig ist bzw. wirksam wird, ist davon abhängig, ob der Vermieter den Eigenbedarf nachweisen kann.

Den einzelnen Bundesländern ist es möglich, Verordnungen zu erlassen, in denen bestimmt wird, in welchen Gebieten nach Begründung und Veräußerung von Wohneigentum eine Sperrfrist bis zur Ankündigung einer Eigenbedarfsankündigung eingehalten werden muss. Die alte Verordnung ist in NRW ausgelaufen und soll nun verlängert werden. Die Landesregierung hat diesbezüglich ein neues Gutachten in Auftrag gegeben. In diesem Gutachten wird u.a. vorgeschlagen, dass in Dortmund die Sperrfrist 5 Jahre betragen soll. Ich gehe davon aus, dass die Verordnung der

Landesregierung zu, 1. Januar 2012 in Kraft treten wird.

Wegen der anhaltenden Kritik von Abgeordneten und auch des Mieterbundes NRW (zu geringe Schutzzeiten und wenige Städte in den Schutz einbezogen) wird angestrebt, die neue Verordnung nach einem Jahr überprüfen zu lassen.

## Klimaschutzgesetz NRW kommt

Mit dem Klimaschutzgesetz NRW setzt die Landesregierung einen wesentlichen Punkt aus dem Koalitionsvertrag um. In 2012 wird auch der Klimaschutzplan im Landtag beschlossen und alle 5 Jahre weiter fortgeschrieben. Dadurch werden konkrete Klimaschutzziele im Landesentwicklungsplan (LEP) verankert und auf allen planerischen Ebenen berücksichtigt. Dies gibt den Kommunen auch Möglichkeiten, neue Windräder aufzustellen.

[Weitere Informationen zum Klimaschutzgesetz](#)

## Reform der Minijobs in NRW

Durch eine Gesetzesinitiative der SPD-Landtagsfraktion soll erreicht werden, dass sich die Situation der Minijobber, also bei Beschäftigungen bis zu einem „Lohn“ von 400 Euro, verbessert.

Die neuen Regelungen sehen vor, die maximale Arbeitsstunden einer 400-Euro-Kraft auf 12 Stunden pro Woche zu begrenzen. Damit wird einer Ausbeutung von geringfügig Beschäftigten vorgebeugt. Bei einer Überschreitung dieser Grenze wird automatisch eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eingegangen.

Darüber hinaus legen die neuen Regelungen fest, dass bei Verstößen gegen arbeitsrechtliche Vorschriften Maßnahmen und Sanktionen gegenüber dem jeweiligen Arbeitgeber folgen. Dies betrifft beispielsweise Verstöße beim Tariflohn, der Entgeltfortzahlung im

Krankheitsfall oder beim Mutter- und Kündigungsschutz. Bei Nichtbeachtung der Regelungen werden Arbeitgeber künftig die vollen Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen haben.

## Tariftreue- und Vergabegesetz in den Landtag eingebracht

Der Wirtschaftsausschuss des Landtages hat am 14. Dezember das Tariftreue- und Vergabegesetz einschließlich zweier Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion DIE Linke gegen die CDU und FDP beschlossen. Damit steht dieser Beschluss am 21. Dezember im Landtag zur Abstimmung (2. Lesung). Das Gesetz soll gegen Sozialdumping und für faire Löhne wirken. So werden künftig öffentliche Aufträge nur noch an Firmen vergeben, die ihren Beschäftigten einen Mindestlohn von 8,62 Euro pro Stunde bezahlen. Das Gesetz sieht auch Sanktionen und Kontrollmaßnahmen vor, damit es in der Praxis auch angewendet wird. Außerdem entlastet es die Kommunen, da das Land NRW die Überwachungsfunktionen übernimmt.

[Hier geht es zum Gesetzesentwurf](#)

**Wir wünschen allen besinnliche Weihnachtstage und einen guten Start ins Jahr 2012!**

**Das Team  
Armin Jahl**

Kontakt:

Landtag NRW  
Postfach 10 11 43  
40002 Düsseldorf  
Tel: 0211 - 884-2674

Wahlkreisbüro  
Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund  
Tel.: 0231 - 58 56 0

Mail: [armin.jahl@landtag.nrw.de](mailto:armin.jahl@landtag.nrw.de)  
Homepage: [www.arminjahl.de](http://www.arminjahl.de)

